

Antrag

**der Abgeordneten Dora Heyenn, Mehmet Yildiz, Kersten Artus, Tim Golke,
Norbert Hackbusch, Cansu Özdemir, Christiane Schneider (DIE LINKE)
und Fraktion**

Betr.: Ausbildungsgarantie jetzt!

Die SPD hat in ihrem Wahlprogramm 2011 versprochen:

„Wir wollen, dass allen Hamburger Jugendlichen der Zugang zu Ausbildung und Beschäftigung ermöglicht wird. Niemand soll auf diesem Weg allein gelassen werden. Alle Schülerinnen und Schüler haben nach Abschluss der allgemein bildenden Schulzeit ein Recht auf eine berufliche Ausbildung. Unser Ziel ist es, dass alle jungen Erwachsenen in Hamburg entweder das Abitur machen oder eine klassische Berufsausbildung absolvieren.“

Was ist aus diesem Versprechen der SPD geworden? Dazu hier die Ergebnisse der Schulabgängerbefragung 2011 bis 2013 und, weil Zahlen der Schulabgängerbefragung 2014 noch nicht vorliegen, die Statistik zum Ausbildungsstellenmarkt der Agentur für Arbeit Hamburg von April 2014:

- Schulabgängerbefragung 2011: Von den Jugendlichen mit Hauptschulabschluss haben nach der Klasse 9 nur 16 Prozent und nach der Klasse 10 nur 21 Prozent einen Ausbildungsplatz bekommen. Von den Jugendlichen mit Realschulabschluss verfügten nur 36 Prozent über einen Ausbildungsplatz.
- Schulabgängerbefragung 2012: Nur 25 Prozent der 5.307 Schulabgängerinnen und Schulabgänger aus den Klassen 9 und 10 haben einen Ausbildungsplatz gefunden, davon 17 Prozent einen betrieblichen. 63 Prozent der Jugendlichen wurden mit Warteschleifen „versorgt“.
- Schulabgängerbefragung 2013: Nur 39 Prozent der Schulabgängerinnen und -abgänger haben einen Ausbildungsplatz gefunden. Die scheinbare Verbesserung gegenüber dem Vorjahr beruhte auf einem einmaligen Effekt: Im Schuljahr 2012/2013 gab es nur noch Schulabgängerinnen und -abgänger aus den zehnten Klassen, im Jahr davor aber auch aus den neunten Klassen. Dass sich die Ausbildungssituation nicht verbessert hat, sieht man auch daran, dass im Jahr 2013 weniger Schulabgängerinnen und -abgänger eine betriebliche Ausbildung beginnen konnten (nur 868 gegenüber 918 im Vorjahr).
- Statistik zum Ausbildungsstellenmarkt der Agentur für Arbeit Hamburg von April 2014: Danach hat sich die Zahl der „Bewerber/-innen“ für einen Ausbildungsplatz gegenüber dem Vorjahresmonat um 17,7 Prozent (auf 7.227) erhöht, aber die Zahl der Ausbildungsplätze um 8,5 Prozent (auf 8.280) verringert. Zwar scheint es immer noch mehr Ausbildungsplätze (8.280) als „Bewerber“ (7.227) zu geben. Dazu muss man aber wissen, dass die Ausbildungsmarktstatistik der Agentur für Arbeit Hamburg als „Bewerber/-innen“ nur Hamburger Jugendliche erfasst. Die Hamburger Wirtschaft besetzt aber über 40 Prozent der Ausbildungsplätze mit Jugendlichen aus dem Umland. Insofern stehen für die 7.227 Hamburger „Bewerber/-innen“ allenfalls etwa 4.900 Ausbildungsplätze zur Verfügung. Wie prekär die Situation auf dem Ausbildungsmarkt ist, erkennt man auch daran, dass bis Ende

April 2014 – also zweieinhalb Monate vor Schuljahresende – erst 14,9 Prozent (1.078) der Hamburger „Bewerber/-innen“ einen Ausbildungsplatz bekommen haben.

Zusammenfassend kann man sagen: Die Situation für die Hamburger Jugendlichen, die einen Ausbildungsplatz suchen, ist verheerend. Und was tut der SPD-Senat? Bürgermeister Scholz weiht Jugendberufsagenturen ein und Schulsenator Rabe will mehr „verbindliche“ Berufsorientierung. Jugendberufsagenturen und Berufsorientierung schaffen aber keine zusätzlichen Arbeitsplätze. Die sind aber nötig, wenn der Berufstart für unsere Jugendlichen nicht zu einem Fehlstart ins Leben werden soll. Deshalb muss die Ausbildungsgarantie jetzt endlich eingelöst werden.

Dies vorausgeschickt möge die Bürgerschaft beschließen:

Der Senat wird aufgefordert:

- 1.) „Wer einen Hauptschulabschluss erreicht hat, soll in Hamburg einen Ausbildungsplatz finden können. Deshalb wollen wir sicherstellen, dass der Hauptschulabschluss auch die Berufsreife bescheinigt.“ Dieses Versprechen aus dem SPD-Wahlprogramm und dem Regierungsprogramm des SPD-Senats ist endlich umzusetzen.
- 2.) „Alle Schülerinnen und Schüler haben nach Abschluss der allgemein bildenden Schulzeit ein Recht auf eine berufliche Ausbildung.“ Das Angebot an außerbetrieblichen Ausbildungsplätzen (im Hamburger Ausbildungsmodell und im Hamburger Ausbildungsplatzprogramm) wird entsprechend ausgebaut.
- 3.) Absolventinnen und Absolventen, die die Ausbildungsvorbereitung absolviert haben, erhalten im Zuge einer Nahtlosigkeitsregelung eine Ausbildungsgarantie. Das heißt, wenn sie keinen betrieblichen oder schulischen Ausbildungsplatz gefunden haben, erhalten sie einen Platz in der Berufsqualifizierung, dem ersten Ausbildungsjahr des Hamburger Ausbildungsmodells.
- 4.) Die Finanzierung wird durch eine länderbezogene Ausbildungsumlage gesichert (siehe dazu die Anträge der SPD-Fraktion Drs. 19/27 vom 12.03.2008 „Kleine Betriebe besser unterstützen – mehr Ausbildungsplätze durch Einrichtung einer Umlage für mehr Ausbildungsplätze“ sowie Drs. 20/4330 vom 30.05.12 „Ausbildungsumlage für die Altenpflegeausbildung“).